



Tel.: 030/69 56 8339
Fax.: 030/69 56 8346
info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de

Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

Unsere Kollegin Özge Sarp wurde am 25.11.2022 als Sachverständige in der Sitzung des Untersuchungsausschusses zum Neukölln-Komplex im Berliner Abgeordnetenhaus gehört.

Sie arbeitet seit 2020 als Beraterin bei ReachOut. Sie ist verantwortlich für die Online-Beratung und hat diesen Bereich mit aufgebaut. Zudem ist sie für die Betreuung des Twitter-Accounts zuständig.

Einen besonderen Fokus legt sie bei ihrer Arbeit auf die rassistische Gewalt und ihre Folgen für die Betroffenen und ihre Communities.

Sie engagiert sich seit Jahren in diversen Bündnissen gegen Rassismus. Sie beobachtete die Aufklärungsprozesse des NSU-Komplexes und sprach darüber im Rahmen zahlreicher Veranstaltungen. Sie ist Autorin von Buchbeiträgen zur Bedeutung rassistischer Gewalt und Morde für Betroffene und Hinterbliebene sowie für die türkeistämmigen Communities in Deutschland.

Ihr Gutachten für den Untersuchungsausschuss zur Anschlagserie in Neukölln dokumentieren wir hier:

An das Abgeordnetenhaus von Berlin

Berlin, den 25. November 2022

Gutachten im Fragenkomplex des Beschlusses des Untersuchungsausschusses zur Untersuchung des Ermittlungsvorgehen im Zusammenhang mit der Aufklärung der im Zeitraum von 2009 bis 2021 erfolgten rechtsextremistischen Straftatenserie in Neukölln

Sehr geehrte Abgeordneten,

unsere Beratungsstelle berät Menschen, die von rassistisch, rechtsextremistisch und antisemitisch motivierten Gewalttaten betroffen sind. Bei uns suchen nicht nur Opfer Unterstützung, sondern auch Zeug*innen eines Angriffes und Angehörige der Opfer. Neben unserer Beratungstätigkeit gehören Recherche und Monitoring sowie Bildungsarbeit gegen Rassismus und Rechtsextremismus zu unseren

ReachOut ist ein Projekt von ARIBA e.V. Spenden sind steuerlich absetzbar
Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft,
Spenden-Konto-Nr.: 3244801, BLZ: 100 205 00, IBAN: DE65100205000003244801,
SWIFT/BIC : BFSWDE33BER



Tel.: 030/69 56 8339
Fax.: 030/69 56 8346
info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de

Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus Arbeitsbereichen. Die von uns jährlich veröffentlichten steigenden Angriffszahlen spiegeln/zeigen nur einen Ausschnitt, aber keinesfalls das Gesamtbild zu Berlin.

Das Gesamtbild ist für einige Menschen real, zerstört ihren Alltag. Dies sind Menschen, die auf offener Straße, auf dem Weg zur Arbeit, auf dem Spielplatz, in der Tram plötzlich in aller Öffentlichkeit angegriffen werden. Dies sind Menschen, die im Rahmen ihrer Tätigkeiten, ihres Engagements und ihrer Aktivitäten zum Ziel gemacht werden, bedroht und angegriffen werden. Dies sind auch Menschen, die durch Schläge oder Anschläge (schwer) verletzt werden bzw. ihr Leben verloren haben.

Sie sind Opfer, die nicht als Individuum Ziel von Täter*innen werden, sondern über ihre zugeschriebene Zugehörigkeit: Schwarz sein, Kopftuch oder Kipa tragen, Obdachlos sein, eine Behinderung haben, Transperson sein, Aktivist*in oder engagiert sein gegen Rechtsextremismus ... Sie werden von der weißen Dominanzgesellschaft abgewertet. Sie werden zielgerichtet bedroht, beleidigt und angegriffen. In einzelnen Taten oder im Rahmen einer Serie.

Es gibt viele weitere Taten und Anschlagserien, deren Erscheinungsformen und Ermittlungscharakteren sich wiederholen – beispielsweise die rassistische und rechtsextremistische Terrorserie des NSU, zahlreiche Brandanschläge auf von türkeistämmigen Familien bewohnte Häuser, zum Teil tödliche Angriffe auf Jugendliche im öffentlichen Raum.

Die Angriffsserien in Berlin Neukölln stehen in dieser Tradition und Kontinuität in Deutschland. Nicht erst seit 2009, sondern seit den 80er/90er Jahren. Es gibt genug Erfahrung mit diesen Taten. Es gibt viele Tote.

Nicht nur die Taten haben ihre Kontinuität, sondern auch der Umgang damit, so scheint es. Von Drohbriefen, rechtsextremistische Chatgruppen – wo u.a. Polizeibeamten involviert sind – bis zu Feindeslisten, von der Rolle des



Tel.: 030/69 56 8339
Fax.: 030/69 56 8346
info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de

Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus
Verfassungsschutzes und seinen Verbindungen zu den Nazistrukturen bis zu den
jahrelang unaufgeklärt bleibenden Straftaten. Der Neukölln-Komplex als
rechtsextremistische und rassistische Anschlagserie im Zeitraum von 2009 bis 2021,
zu dem nun zahlreiche Straftaten zugeschrieben werden, kann als solche benannt
werden. Aber das Ganze muss in diese gesellschaftliche Kontinuität in Deutschland
eingeordnet werden.

Zu Fragenkomplex „Behördenhandeln“

**Welche Erkenntnisse hat ReachOut zum Umgang der Sicherheitsbehörden und
ggf. der Politik mit Betroffenen der Straftatenserie Neukölln sowie den
zivilgesellschaftlichen Akteur*innen.**

Wir sind fast tagtäglich mit Menschen bzw. Betroffenen und Ratsuchenden
zusammen, für die rassistisch, rechtsextremistisch und antisemitisch motivierte
Beleidigungen, Bedrohungen und Gewalt real und alltäglich sind. Von manchen
Angriffen, Anschlägen oder Bedrohungen erfährt nicht nur unsere Beratungsstelle,
sondern auch die breite Öffentlichkeit. Von vielen aber nicht. Höchstens als
Angriffszahl.

Damit die Öffentlichkeit von rassistischer und rechter Gewalt und ihrer Dimension
erfährt, müssen sich die Opfer selbst oder die Opferangehörigen viel Mühe geben.
Für Aufklärungsarbeit, Gerechtigkeit und würdiges Gedenken müssen sie lang und
kraftvoll kämpfen. Selbst in einer Zeit, in der es für sie vordringlich um Heilung oder
Trauer geht, müssen sie darum kämpfen, dass sie oder die Angehörigen, die sie
verloren haben, als Opfer anerkannt werden. Darum, dass die Polizei ihre Arbeit
macht, müssen sie kämpfen. Ob es von Seiten der Politik leere Versprechen gibt
oder Konsequenzen auf politischer und gesellschaftlicher Ebene gezogen werden,
auch hierum müssen sie kämpfen. Die bundesweite rechtsterroristische und
rassistische Anschlags- und Mordserie des NSU, die Anschläge in Halle und Hanau,

ReachOut ist ein Projekt von ARIBA e.V. Spenden sind steuerlich absetzbar
Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft,
Spenden-Konto-Nr.: 3244801, BLZ: 100 205 00, IBAN: DE65100205000003244801,
SWIFT/BIC : BFSWDE33BER



Tel.: 030/69 56 8339
Fax.: 030/69 56 8346
info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de

Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus die Brandanschläge in Mölln und Solingen in den 90er Jahren, der Mord an Burak Bektaş. Diese stellen nur einen Teil der öffentlich bekannten und der unbekannteren Fälle in Deutschland dar.

Betroffene der Anschlagserie des Neukölln-Komplexes haben genauso wie alle anderen Opfer und Opferfamilien in Berlin und Deutschland kämpfen müssen. Da die Ermittlungsarbeit der zuständigen Behörden über 10 Jahre keine Ergebnisse im Sinne einer Aufklärung ergeben hat, haben die Betroffenen sich vernetzt und einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss gefordert. Aus Sicht der Opfer wäre es ein wichtiges Signal gewesen, wenn die Politik dies früher getan hätte. Dass der Untersuchungsausschuss, den Betroffene der Anschlagserie bereits jahrelang gefordert hatten, erst in diesem Jahr seine Untersuchungen begonnen hat, ist kein guter Signal an die Opfer und die Öffentlichkeit. Dass die Betroffenen vor dem Untersuchungsausschuss von ihren Erlebnissen berichten können, halten wir für eine wichtige Entscheidung.

Einiges zu den Parallelen und zur allgemeinen Problemlage beim Umgang der Sicherheitsbehörden mit Opfern rechter und rassistischer Gewalt. Hierzu zählen:

- Eine bedrohliche politische und gesellschaftliche Lage wurde nicht ernst genommen.
- Taten wurden als einzelne Straftaten aufgenommen. Es hat jahrelang gedauert bis die Taten als Serie bewertet wurden.
- Hinweise auf die Tatmotivation wurden nicht ernsthaft ermittelt bzw. Vermutungen der Betroffenen nicht ernst genommen.
- Es wurde gesagt, dass in alle Richtungen ermittelt wird. Tatsächlich wurde in zahlreichen Fällen jedoch an erster Stelle in Richtung der Betroffenen und

Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus deren Umfeld ermittelt. Opfer, deren Community und ihr Umfeld standen im Verdacht.

- Anerkennung für die Opfer ist ein Kampf, der sehr unterschiedlich wahrgenommen und erlebt wird.
- Nazis bzw. rechte Täter*innen wurden als „harmlos“ gesehen/eingestuft und die Einschätzung der Betroffenen wurde nicht oder erst viel später einbezogen.
- Es wurde versäumt, Beweise und Spuren an den Tatorten sofort zu sichern und auszuwerten.
- Die Identifizierung von Tatverdächtigen ist nicht gelungen, weil die Bildqualität sowie die Aktualität der Bilder der Verdächtigen nicht gewährleistet war. Dies hat ein mögliches Wiedererkennen der Tatverdächtigen und somit eine eventuelle Aufklärung verhindert.
- Die Zuständigkeit von Beamten, die die Ermittlungsverfahren eingeleitet haben, wechselt zu häufig. Jedes Mal einer neuen Person das Gleiche erzählen zu müssen, stellt für die Opfer eine große Belastung dar. Eine Last zusätzlich in ihrer schon schwierigen Situation.
- Das Unwissen zum Stand der Ermittlungen hat bei Opfern zu einem Gefühl der Hilflosigkeit geführt.
- Opfer haben oft keine Vorstellung von den Ermittlungsbehörden mit ihren komplexen Strukturen und verschiedenen Abteilungen. Das Unwissen, mit wem sie es zu tun haben oder gerade gesprochen haben, wer bei ihnen zu Hause war, bei wem sie nachfragen sollen, geht auf Kosten der Betroffenen und belastet sie.
- Die Intransparenz der Abläufe von Gesprächen, zum Beispiel, wenn nicht darauf hingewiesen wird, dass die Gespräche nicht protokolliert werden.
- Die fehlende Vermittlung durch Beamte an fachspezifische Beratungsstellen
- Fehlende Sicherheits- und Schutzmaßnahmen für Betroffene



Tel.: 030/69 56 8339
Fax.: 030/69 56 8346
info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de

Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus
Sehr selten gab es eine Empfehlung bzw. Vermittlung an die Opferberatungsstelle, Hinweise auf professionelle Beratung und Unterstützung durch fachspezifische Stellen – in Bezug auf Morde fast gar nicht. Auch bei klaren Tatmotivationen ist es sehr selten, dass Ratsuchende mit einem von der Polizei ausgehändigten Schreiben bzw. Flyer unserer Beratungsstelle zu uns kommen. Unserer Recherche zufolge werden die Menschen direkt von uns kontaktiert. Diese kommen auch durch die aktive Meldung von Ratsuchenden sowie die Vermittlungen anderer Fachberatungs- und Dokumentationsstellen, Unterstützer*innen, Netzwerkpartner*innen, nicht durch die Vermittlung der Polizei.

Einige Betroffenen der Anschlagserie in Neukölln haben wir als Beratungsstelle von uns aus kontaktiert und ihnen ein Beratungsangebot unterbreitet. Opfer gehen mit dem Geschehen unterschiedlich um und haben unterschiedliche Bedürfnisse. Wir können einige erkennbare Folgen für die Opfer benennen:

- Angriffsfolgen beginnen nicht erst nach einem tätlichen Angriff auf den Körper der Betroffenen. Wenn die Betroffenen die Lage in ihrem Umfeld als bedrohlich empfinden, sich in ihrer vertrauten Umgebung nicht mehr sicher fühlen, hat das eine wesentliche Bedeutung für ihr alltägliches Leben. Im Neukölln-Komplex wurden zahlreiche Straftaten von der Polizei als Sachbeschädigung bewertet. Das wurde von Opfern als ein Bagatellisieren der Taten durch die Ermittlungsbehörden empfunden. Sie erlebten die Anschläge als Terror, als jahrelange tagtägliche Belastung. Dieser Aspekt war für die Ermittlungen völlig irrelevant.
- Das Wort Sachbeschädigung hört sich harmlos an. Was geschehen ist, hat aber Auswirkungen auf der körperlichen und psychischen Ebene. Es ist dann mehr als ein Schaden an Sachen. Es wurden Steine gegen Fenster des Wohnhauses geworfen; Briefkästen wurden beschädigt und sogar durch Sprengstoff; Autos wurden in Brand gesteckt – auch während Menschen daneben in ihren Häusern schliefen. Es hätte alles anders laufen können,

Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus
denn Menschenleben wurde hier in Gefahr gebracht. Hinter den beschädigten Sachen steckte ein Ziel: Die Aktivitäten, die Sichtbarkeit und die Existenz von Menschen.

- Kurz- und Langzeitfolgen zeigen sich bei Opfern unterschiedlich. Sie gehen auch unterschiedlich damit um. Manche gehen mit ihren Erfahrungen an die Öffentlichkeit. Andere ziehen sich aus der Gesellschaft zurück. Häufig kommt es zu psychischen Belastungen, Angstzuständen, bestimmte Orte werden gemieden, es kommt zu Schlafstörungen, häufig kommt ein Gefühl von Hilflosigkeit hinzu.
- Für die Verarbeitungs- und Bewältigungsprozesse kann es sehr bedeutsam sein, ob die Opfer als Opfer behandelt werden oder nicht.
- Die Opfer können aber nicht innerlich mit dem Geschehenen abschließen, solange die Ermittlungen und Befragungen weiterhin nichts ergeben. Unwissen: Die Opferfamilien und Betroffenen muss(t)en immer wieder neu überlegen, was noch zur Aufklärung beitragen könnte.
- Der Straftatbestand der Sachbeschädigung erfüllt nicht die Voraussetzungen für einen Opferentschädigungs-Antrag. Unterstützungsstrukturen sind begrenzt bzw. nicht bekannt. Die Anträge sind bürokratisch und aufwändig. Vor allem gestaltet es sich als schwierig, dass die Opfer beweisen müssen, dass sie „Opfer mit Folgen“ sind. Und, dass sie immer wieder von sich und dem Geschehenen erzählen müssen, bringt sie an ihre Grenzen.
- Die Ende Juli 2020 in Kraft getretene Richtlinie der Landeskommission Berlin gegen Gewalt zum Schutz von Betroffenen politisch-extremistisch motivierter Gewalt aus dem Unterstützungsfonds ist sicherlich ein wichtiger Schritt zum Opferschutz. Es ist allerdings wichtig, darauf hinzuweisen, dass es uns bisher nicht gelungen ist, mit den Opfern Anträge zu stellen. Einige Personen wurden aber über unsere Beratungsstelle zu den möglichen Schutzmaßnahmen, die über diesen Fond finanziert werden können, informiert. Das aufwändige bürokratische Verfahren belastet die Betroffenen und Opferangehörigen mit



Tel.: 030/69 56 8339
Fax.: 030/69 56 8346
info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de

Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zusätzlichen Terminen. Die Lebensrealität der Betroffenen hat gezeigt, dass, wenn es immer wieder zu Anschlägen kommt, die Opfer an erster Stelle damit beschäftigt sind zu überlegen, was noch für die Aufklärung für die Ermittlungen der Behörden helfen könnte. Wenn eine Tat kein abschließendes Tatende hat, macht es dies für Opfer schwer.

Zum Fragenkomplex:

- **Welche Beschwerden bzgl. der Ermittlungsarbeit gab es von Betroffenen und Zeugen.**
- **Wie haben die Sicherheitsbehörden mit den Betroffenen kommuniziert und wie hat sich das ggf. im Laufe der Ermittlungen verändert.**
- **Was kann ReachOut zum Umgang der Sicherheitsbehörden mit Hinweisen von Betroffenen bzw. Dritten auf verdächtige Beobachtungen sagen.**

Unsere Erfahrung in Hinblick auf die ganzen Anschläge ist sehr häufig so, dass Hinweise auf die mögliche Tatmotivation nicht ernst genommen wurden. Die Einschätzung von LKA Beamten, dass sie in Verdacht stehende Nazis bzw. Tatverdächtige oder Taten selbst als harmlos bewerten, ist nicht mit aus Ermittlungen heraus entstandenen Informationen verbunden.

Beispiele: Steine gegen Fensterscheiben, beschädigte Briefkästen oder Drohbriefe und Aufkleber.

Das zeigt uns, dass die Einschätzung der Opfer und Opferfamilien sowie der Opferberatung ernst genommen werden müssen.

Einige wesentliche Fragen von Betroffenen im Neukölln-Komplex waren/sind:

- Seit wann wussten die Behörden, dass die Opfer gefährdet sind? Und warum wurden die Betroffenen nicht gewarnt?

ReachOut ist ein Projekt von ARIBA e.V. Spenden sind steuerlich absetzbar
Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft,
Spenden-Konto-Nr.: 3244801, BLZ: 100 205 00, IBAN: DE65100205000003244801,
SWIFT/BIC : BFSWDE33BER



Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

- Warum haben zahlreiche Gespräche, Hinweise und Ermittlungen nicht dazu beigetragen, die Taten aufzuklären?

Vernetzung als Schutz- und Sicherheitsmaßnahme

Die Betroffenen der Anschlagserie in Neukölln sowie die Opferangehörigen von Burak Bektaş haben von sich aus viel getan, um zu einer Aufklärung beizutragen. Wie alle anderen Betroffenen hier auch, haben sie mit der Polizei kooperiert, um die Ermittlungen voranzutreiben. Sie haben Hinweise und viele Details an die Polizei weitergegeben. Sie haben viele Gespräche mit der Polizei geführt.

Dank der unermüdlichen Arbeit der Betroffenen sowie der antifaschistischen und antirassistischen Aufklärungsarbeit von Initiativen, Expert*innen, Unterstützer*innen und Engagierten hat eine relativ breite Öffentlichkeit von den Taten in Neukölln erfahren können.

Jede unaufgeklärte Tat belastet und beunruhigt Menschen, die (wieder) das nächste Ziel sein könnten. Einige mussten inzwischen umziehen. Sie mussten ihre Arbeit und ihre politischen, sozialen und finanziellen Aktivitäten neu organisieren. Die Betroffenen mit ihren Familien und ihrem Umfeld mussten sich damit auseinandersetzen und sich auch mit den psychischen Folgen beschäftigen. Sie mussten wachsam sein.

Die Betroffenen konnten die einzelnen Tatgeschehen in Verbindungen bringen und so haben sie sich vernetzt. Für die Aufklärung, aber auch um sich gegenseitig zu stärken und zu schützen.

Das reale Bild und die bedrohliche Lage in Neukölln

Seit 2002 dokumentiert ReachOut gewalttätige Angriffe mit rechter, rassistischer und antisemitischer Tatmotivation in einer berlinweiten „Chronik“. Unsere Dokumentation sowie Berichte und Recherchen von weiteren Aktiven zeigen uns, dass es in Neukölln nicht erst seit 2009 sondern auch davor Angriffe und Anschläge gab.

Hierzu wäre die Frage, wie viele dieser Taten noch zu dem Neukölln-Komplex gehören? Wie viele Straftaten, insbesondere rassistische, wurden vor diesem Zeitraum in Neukölln bei der Polizei und dem LKA registriert und lassen sich im Hinblick auf eine Terrorserie neu prüfen? Gibt es Hinweise, dass auch schon frühere Taten zu dieser Serie gehören könnten? Ist diesen Hinweisen nachgegangen worden? Wenn einige Nazis, als „harmlose“ und „Rucksack-Nazis“ bezeichnet worden sind, jahrelang nicht nur in Neukölln, sondern auch woanders unterwegs sind, können wir uns zurecht diese Frage stellen: Ob und in welchen Verbindungen bzw. Netzwerken stehen sie? Wer könnte noch beteiligt sein? Und: Wie viele Opfer gibt es noch? Eine vollständige Aufklärung nicht nur der Taten, sondern auch der Netzwerke, wäre erst dann möglich.

Einige Beispiele zu Fällen in Neukölln:

Im Jahr **2003** gab es einen Angriff auf migrantische Jugendliche in Neukölln. ReachOut hat diesen Angriff im Rahmen der Ausstellung **„Berliner Tatorte – Dokumente rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt“** dokumentiert.¹

„Beim Verlassen der U-Bahnstation Rudow werden sechs junge Männer unterschiedlicher Herkunft gegen 22:30 Uhr von 25 Rechten im Alter von 14 bis 23 Jahren angegriffen, die sich am Imbiss „Ketchup“ aufgehalten hatten. Nach Beleidigungen kommt es zu Schlägen, ein türkischer Jugendlicher wird durch einen Baseballschläger am Kopf verletzt und muss ambulant behandelt werden. Eine

¹ Mit der Ausstellung „Berliner Tatorte – Dokumente rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt“ wollen wir die erschreckende Alltäglichkeit der Angriffe greifbar machen.

Die Fotos der Tatorte lassen nicht die Angst und die Schmerzen der Opfer erkennen, ebenso wenig wie einen konkreten Tathergang. Den Meldungen aus der Chronik gegenübergestellt, entsteht das mögliche Szenario ausschließlich in der Phantasie der BetrachterInnen. Für die einen sind es ganz normale Orte – für die anderen Orte eines Traumas.

Die Opfer haben Anspruch auf unseren Respekt und unsere Unterstützung.

ReachOut ist ein Projekt von ARIBA e.V. Spenden sind steuerlich absetzbar
Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft,
Spenden-Konto-Nr.: 3244801, BLZ: 100 205 00, IBAN: DE65100205000003244801,
SWIFT/BIC : BFSWDE33BER

Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus
Zivilstreife der PMS (Politisch Motivierte Straßengewalt), die den Treffpunkt der Rechten beobachtete, ruft zur Verstärkung 70 Beamten. Die rechten Frauen und Männer werden festgenommen, erkennungsdienstlich behandelt und wieder freigelassen.“ **04.04.2003, Berlin Neukölln, U-Bahn Station Rudow** ²

24.09.2001, Rudow – Bis zu 15 bewaffnete Neonazis überfallen eine Feier im Gemeindezentrum einer evangelischen Kirchengemeinde in Rudow, zerstören die Einrichtung und attackieren migrantische Jugendliche. Am gleichen Wochenende jagt eine Gruppe von ca. 50 Neonazis, bewaffnet mit Messern und Baseballkeulen und unter „Sieg Heil“-Rufen migrantische Jugendliche an der Rudower Spinne.
(<https://www.nkwatch.info/chronik/>)

Auch die taz berichtet von diesem Vorfall: „Gegen 21 Uhr 30 stürmten etwa 15 Jugendliche aus der rechten Szene mit Eisenstangen bewaffnet das Haus. Etwa 100 Konfirmanden und deren Freunde, darunter viele ausländische Jugendliche, feierten dort eine Fete mit Disko. Die Rechten schlugen Fensterscheiben ein, zertrümmerten Mobiliar. Der Angriff dauerte etwa zwei Minuten, verletzt wurde niemand.“ Und es wurde in dem Bericht erwähnt, wie dieser Vorfall von einem Beamten bewertet wurde: „Einen großen Polizeieinsatz gab es vor zwei Jahren in Rudow als die Rechten auf Flugblättern zur „1. Rudower Türkenjagd“ aufgerufen hatten.“ ... Das erklärt nicht die Gewalt. Aber das sagt etwas über die Rechten, meint der zitierte Beamte Hadan. Es handele sich nicht um eine straff organisierte Kameradschaft wie in Treptow oder Marzahn. Eher um eine „lose Gruppierung von 35 bis 50 Mann zwischen 17 und 21 Jahren“, die vor allem ihre Platzrechte in Rudow verteidigen wollten.“ (<https://taz.de/Stehen-und-warten-bis-es-knallt!/1148907/> vom 29. 9. 2001)

2 Quelle: Tagesspiegel, 06.04.2003; taz, 07.04.2003; Berliner Morgenpost, 06.04.2003 und eigener Bericht; <https://www.reachoutberlin.de/de/Unsere%20Arbeit/Ausstellung/2003-2005>



Tel.: 030/69 56 8339
Fax.: 030/69 56 8346
info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de

Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus
25.08.2006, Berlin-Neukölln – Ein Informationsstand der PDS, sowie des Bündnisses "Gemeinsam gegen Rechts" in der Nähe des U-Bahnhofs Rudow wird kurz vor 18 Uhr von 15 Neonazis angegriffen. Zuerst beschießen sie den Stand mit Leuchtschmuckmunition und greifen dann die Standbetreuer mit Teleskopschlagstöcken, Eisenrohren und Pfefferspray an.

Quelle: Pressemeldung der Polizei, ReachOut

Wie die Taten weitergehen und was die Opfer erleben müssen, dokumentieren wir bis heute. Einzelne Fallbeispiele aus unserer Chronik weisen darauf hin, dass die rechte Gewalt mit ihren unterschiedlichen Erscheinungsformen Menschen trifft und in Neukölln die Gefahr real und aktuell ist.

23.05.2010, Berlin-Neukölln – Am Sonntagabend gegen 20 Uhr gibt es im Tempelhofer Park eine Auseinandersetzung mit drei älteren Neonazis. Ein 45-jähriger Mann trägt ein T-Shirt mit Adolf Hitler und dem Slogan "Ein Volk, ein Reich, ein Führer". Die Polizei, die gerufen wird, äußert Unverständnis, da dies nicht verboten sei. Den Hitlergruß, den einer der Neonazis in ihre Richtung macht, ignoriert sie. Bei der Kontrolle der Personalien signalisiert die Polizei den Neonazis, von welchen Personen die Anzeige kommt. Nachdem die Polizei gegangen ist, singen die Neonazis das "Horst-Wessel-Lied". Als sie aufgefordert werden, das zu unterlassen, gehen sie erst mit Flaschen und dann mit Zeltstangen auf die Gruppe los. Dabei wird eine Person verletzt. Acht Security-Mitarbeiter können die Neonazis unter Kontrolle bringen. Die nach einiger Zeit eintreffende Polizei übernimmt zuerst die Darstellung der Neonazis. Quelle: ReachOut

(<https://www.reachoutberlin.de/de/Unsere%20Arbeit/Angriffe%20in%20Berlin/2010>)

03.08.2011, Berlin-Neukölln – Gegen 22.45 Uhr werden drei Personen von zwei NPD-Politikern in der Parchimer Allee verfolgt, weil sie angeblich ein Wahlplakat beschädigt haben. Ein 21-jähriger NPDler droht den Verfolgten damit, ihnen ein

ReachOut ist ein Projekt von ARIBA e.V. Spenden sind steuerlich absetzbar
Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft,
Spenden-Konto-Nr.: 3244801, BLZ: 100 205 00, IBAN: DE65100205000003244801,
SWIFT/BIC : BFSWDE33BER



Tel.: 030/69 56 8339
Fax.: 030/69 56 8346
info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de

Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus
Messer in den Rücken zu stechen und sprüht einem 41-jährigen Mann Reizgas ins Gesicht. Der 41-Jährige wird verletzt. Quelle: Polizei Berlin
(<https://www.reachoutberlin.de/de/Unsere%20Arbeit/Angriffe%20in%20Berlin/2011/Neuko%CC%88In>)

2012 gab es die sogenannten Briefkasten-Aktionen. Es wurden Drohbriefe mit der Überschrift „Ausweisung aus Deutschland“ in Briefkästen mit migrantisch gelesenen Namen geworfen. Auch bei Gemeinden und Projekten ging der Drohbrief ein. Auch hier wurden Betroffene nie über die Ermittlungen informiert und darüber, was heraus gekommen ist. In Bayern wurde ein Polizeibeamter von Reichsbürgern erschossen. Erst danach wurde die Situation ernst genommen.

Welche Erkenntnisse hat ReachOut zum Umgang der Behörden mit den Angehörigen und Opfern der Tötungsdelikte Burak Bektaş und Luke Holland sowie der versuchten Tötung von vier weiteren Personen am 5. April 2012.

Im Jahr 2017 hat Melek Bektaş im Rahmen der Veranstaltung „Tribunal – NSU-Komplex auflösen“ in Köln auf türkisch eine Rede gehalten:

„Unser Schmerz findet kein Ende, unser Schmerz ist zu groß. Und die, die wir verloren haben, können wir nicht wieder zurückbringen. Unsere ganze Hoffnung ist, dass keine weiteren Buraks sterben müssen. Entweder sagen wir „Das war Schicksal“ und tun es damit ab oder wir geben unsere Aufklärungsarbeit nicht auf. Wir sind hier, um unsere Stimme zu erheben. Wir wollen Gerechtigkeit für alle Buraks. Deswegen sind wir hier.“

Diesen Ausschnitt aus der Rede hat die Initiative Burak Bektaş in einem Video zur Mobilisierung für die Kundgebung am 10. April 2022 am Gedenkort unter dem Motto „10 Jahre Kampf der Familie und Freund*innen gegen das Vergessen – für



Tel.: 030/69 56 8339
Fax.: 030/69 56 8346
info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de

Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus
Aufklärung und Gewissheit“ veröffentlicht (<https://archive.org/details/10.-jahrestag-in-gedenken-an-burak-bektas>)

Es ist wichtig, hier zu erwähnen: Großen Dank für die Aufklärungsarbeit der Angehörigen des ermordeten Burak Bektaş. Von ihnen haben wir vieles erfahren. Großen Respekt für ihre Kraft. Danke an die Initiative Burak Bektaş und alle solidarischen, kämpferischen Menschen, die sich für ein würdiges Gedenken in Berlin einsetzen; Und den Gedenkort schützen, nach Beschädigungen putzen. So steht Burak nicht nur auf den Listen der unaufgeklärten Taten, sondern lebt in den Gedächtnissen im öffentlichen Raum.

10 Jahre ohne Aufklärung – Mord an Burak Bektaş

Ein halbes Jahr nach dem öffentlichen Bekanntwerden des NSU wurden Burak Bektaş und zwei seiner Freunde als Teil einer Gruppe von fünf Jugendlichen auf offener Straße von einem unbekanntem Täter angeschossen. Täter und Opfer kannten sich nicht, es gab keinerlei Verbindung zwischen Opfern und Täter. Der Täter bleibt bis heute unbekannt. Zwei Freunde von Burak, die schwer verletzt das Attentat überlebt haben, wissen bis heute nicht, warum sie das erleben mussten und wer auf sie geschossen hat.

Unsere Beratungsstelle hat die Familie Bektaş, insbesondere die Mutter, Melek Bektaş, jahrelang begleitet. Von meiner ehemaligen Kollegin Helga Seyb, die gleichzeitig an der Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş beteiligt ist, wurde mir berichtet, dass es für die Opferfamilien grausam war, das Motiv nicht benennen zu können, warum ihre Söhne erschossen wurden. Mord ohne Motiv ist schwer vorstellbar. Denn es gibt viele weitere Taten und Anschlagserien, deren Erscheinungsformen und Ermittlungscharaktere sich wiederholt – beispielsweise die rassistische und rechtsextremistische Terrorserie des NSU, zahlreiche Brandanschläge auf von türkeistämmigen Familien bewohnte Häuser, zum Teil tödliche Angriffe auf Jugendliche im öffentlichen Raum.

ReachOut ist ein Projekt von ARIBA e.V. Spenden sind steuerlich absetzbar
Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft,
Spenden-Konto-Nr.: 3244801, BLZ: 100 205 00, IBAN: DE65100205000003244801,
SWIFT/BIC : BFSWDE33BER

Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus
Im Fall Burak Bektaş war im Gegensatz zu der Anschlagserie in Neukölln der LKA Staatsschutz nicht zuständig. Eine Mordkommission wurde eingesetzt, und es wurde, Zitat, in alle Richtungen ermittelt. Gleichzeitig wurden die Hinweise auf eine mögliche rechtsextremistische Tatmotivation nicht ausreichend berücksichtigt.

Zum 10. Jahrestag der Ermordung von Burak Bektaş haben die Anwälten der Opferfamilie in einer Pressemitteilung noch einmal die Fragen der vergangenen 10 Jahre gestellt:

*„Unsere Mandant*innen verstehen nicht, warum nicht alles dafür getan wurde, den Mord an ihrem Sohn und den Mordversuch an seinen Freunden Alex und Jamal aufzuklären.*

Die Fragen, die die Eltern sich stellen, sind immer noch nicht beantwortet: War Rassismus das Motiv? Warum erinnert die Tatausführung so sehr an den NSU, der sich ein halbes Jahr vor dem Mord an Burak selbst enttarnt hatte? Welche Unterstützer hatte der NSU in Berlin, in Neukölln, und welche davon sind nach wie vor nicht ermittelt? Gibt es Kontakte der Neonazis in die Sicherheitsbehörden? Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Mord an Burak und der rechtsextremen Serie von Brandanschlägen in Süd-Neukölln seit 2011?

All diese Fragen sind nicht beantwortet.“³

Melek Bektaş, die Mutter des Ermordeten Burak Bektaş, teilte uns mit, dass sie keine neue Gespräche führen möchte, denn jedes Mal ist sie neu davon belastet. Sie hat überall alles gesagt.

Sie hat noch berichtet, dass es eine Polizistin gab, die immer wieder zu Familie Bektaş gekommen ist. Bis heute weiß Melek Bektaş nicht, was deren Aufgabe denn eigentlich war. Mit unterschiedlichen Menschen sprechen und nicht wissen was da heraus kommt, insbesondere mit wem sie gesprochen haben, ist einfach nur eine

3 Pressemitteilung der Anwälte der Familie Bektaş zum 10. Todestag von Burak Bektaş; <https://www.reachoutberlin.de/de/Aktuelles/Ver%C3%B6ffentlichungen/Sonstige%20Beitr%C3%A4ge/Pressemitteilung%20der%20Anw%C3%A4lte%20der%20Familie%20Bektas%20zum%2010/> vom 04.04.2022



Tel.: 030/69 56 8339
Fax.: 030/69 56 8346
info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de

Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zusätzliche Belastung. Die Aufgabe der Kontaktpolizistinnen mit der Opferfamilie ist unklar, was sich daraus ergeben hat, ist auch unklar.

Warum war diese Polizistin z.B. bei Melek Bektaş, welche Funktion hatte sie? Sie verhielt sich, als ob sie betroffen wäre, weil sie auch einen Sohn habe. Gehört eine solche Art von Gesprächen zur Ermittlungsarbeit?

Zum Fall Luke Holland: Die Opferfamilie hat gesagt, wenn im Fall von Burak Bektaş gründlich ermittelt worden wäre, nachdem der Mörder von Luke Holland in der Akte aufgetaucht war, dass ihr Sohn noch leben könnte – auch wenn es sich in den beiden Mordfällen nicht um den selben Täter handeln sollte. Diese Erkenntnis ist der Arbeit der Opferanwält*innen zu verdanken. Es wäre jedoch wünschenswert, wenn die Behörden selbst bei ihren Ermittlungen diese Schlussfolgerungen ziehen und entsprechend handeln würden.

Zu Luke Holland können wir nicht sagen, wie die Opferfamilie von der Tat erfahren hat und wie die Polizei zu diesem Zeitpunkt mit ihnen umgegangen ist. Zu Burak Bektaş können wir aber mitteilen, was der Behördenumgang verursachen kann: Familie Bektaş wusste bis früh am nächsten Morgen nicht, was mit ihrem Sohn passiert war. Sie wurden nicht von der Polizei benachrichtigt, sondern Jugendliche aus der Gruppe der Beschossenen sagten ihnen Bescheid, und die Eltern gingen von sich aus zur Wache und mussten dort warten, bis sie von der Polizei informiert wurden. Das muss eine unvorstellbare Hölle für die Eltern gewesen sein.



Tel.: 030/69 56 8339
Fax.: 030/69 56 8346
info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de

Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

Schlusswort

Sehr geehrte Abgeordneten, wie Sie aus den Aussagen von Betroffenen im Rahmen der Anhörungen der Betroffenen erfahren haben, wurden unsere Beratungsstelle ReachOut und die Mobile Beratung MBR mehrmals namentlich erwähnt. Auch unser Schwesterprojekt OPRA mit ihrer Unterstützung auf psychologischer Ebene. Auch wir haben als Zuhörer*innen im Rahmen der Anhörung mitbekommen, welche Einschätzungen zu ReachOut und MBR durch einen Ermittlungsbeamten des LKA einer Betroffenen gegenüber mitgeteilt wurden. Über die Abwertung unserer Arbeit durch diesen Polizeibeamten können wir hinwegsehen. Für die Betroffenen aber ist es fatal, dass ihnen in einer solchen Situation eine mögliche Unterstützung vorenthalten wird.

Optimal wäre die Arbeit der Ermittlungsbehörden, vor allem der vernehmenden Beamten, wenn diese den Hinweis auf unsere Beratungsangebote weitergeben. Das erwarten wir, auch wenn die Tatmotivation unklar bzw. sich nicht an erster Stelle als politisch, also rassistisch oder rechtsextremistisch einordnen lässt. Aus unserer Beratungspraxis ist uns bekannt, dass es häufig passiert, dass die Opfer in der Stresssituation nach einem Angriff in der Vernehmung das ganze Geschehen nicht schnell einordnen können oder ihre Einschätzung bzw. Vermutung nicht sofort zur Sprache bringen. Es passiert aber auch, dass die vernehmenden Polizeibeamten diese Einschätzung/Vermutung, auch wenn sie geäußert wird, nicht ernst nehmen und die Tat deshalb nicht als politisch motivierte Kriminalität bewerten.

Einige der wichtigsten Gründe dafür, dass der Zusammenhang nicht hergestellt wird: Täter*innen sind unbekannt, äußerten sich nicht, hinterlassen keine erkennbare Spuren bzw. sind nicht in polizeilich bekannte organisierte Strukturen einzuordnen. In unserer Beratungspraxis als Opferberatungsstelle sind uns folgende Fallkonstellationen gut bekannt: Täter und Opfer kennen sich nicht, die Täter*innen bleiben unbekannt, aber der Tathergang und die Erscheinungsformen lassen



Tel.: 030/69 56 8339
Fax.: 030/69 56 8346
info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de

Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus ahnen/vermuten, dass es sich um eine rassistische oder rechtsextremistische Tat handeln könnte. Hier erwarten wir nach wie vor eine Verbesserung für die Opfer.

Solange es sich nicht feststellen lässt, muss bei einem solchen Tathergang an erster Stelle nicht in alle Richtungen ermittelt werden, sondern mit Priorität in Richtung einer rechtsextremistischen Tatmotivation. Und die Menschen sollen Anspruch auf Beratung haben und darauf hingewiesen werden. Wenn dies nicht geschieht, ist es für die Betroffenen sehr mühselig, diese Kontakte alleine herauszufinden bzw. herzustellen.

Wir als Opferberatungsstelle schließen uns den Forderungen der Betroffenen an: Aufklärung der Taten und Konsequenzen für die Verantwortlichen. Dabei erinnern wir daran, was mit dem NSU-Komplex passiert ist. „Jeder Stein sollte umgedreht werden, auch in der parlamentarischen Aufklärung“ hieß es immer wieder von Ermittlungsbehörden, Staatsanwaltschaften und der Politik. Es wurde gesagt, dass bis zur vollständigen Aufklärung alles getan wird. Dies hat aus der Sicht der Opferfamilien und Betroffenen der Anschläge aber weder juristisch noch politisch stattgefunden.

"Sie haben wie Bienen gearbeitet, aber keinen Honig produziert" sagten Ayşe und İsmail Yozgat, Eltern des NSU-Mordopfers Halit Yozgat, in ihrem Plädoyer zum Prozessende und beklagten sich über eine fehlende Aufklärung.

Die Anerkennung der Opfer und das Benennen der Taten mit Tatmotiven sind sicherlich sehr bedeutsam und wichtig. Die Opfer des NSU-Terrors hat Deutschland als Opfer anerkannt. Es ist aber jetzt der völlig falsche Ansatz zu sagen, dass der NSU-Terror damit aufgeklärt ist und Deutschland das aufgearbeitet hat. Auf diese Art will Deutschland NSU, Hanau und Halle schnell vergessen. Die Medien wollen nicht mehr davon berichten. Politisch Verantwortliche dürfen ihre Rolle, die sie im tagtäglich in Deutschland stattfindenden rassistischen und rechtspopulistischen

ReachOut ist ein Projekt von ARIBA e.V. Spenden sind steuerlich absetzbar
Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft,
Spenden-Konto-Nr.: 3244801, BLZ: 100 205 00, IBAN: DE65100205000003244801,
SWIFT/BIC : BFSWDE33BER



Tel.: 030/69 56 8339
Fax.: 030/69 56 8346
info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de

Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus politischen Diskurs spielen, nicht klein halten/schreiben. Rassistische Praxen, Durchsuchungen und die Kriminalisierung von Orten – z.B. Treffpunkten, Shishabars, Cafes, die von Migrant*innen, Menschen of Color oder Schwarzen Menschen als sichere Orte gesehen und erlebt werden – haben Folgen. Auch hier im Fall des Neukölln-Komplex sollen von der Politik die notwendigen Konsequenzen gezogen werden. Das wäre der nächste Schritt und ein Beitrag der Berliner Politik, um Menschen vor weiteren Angriffen zu schützen.

Vielen Dank.

Mit besten Grüßen

Özge Sarp